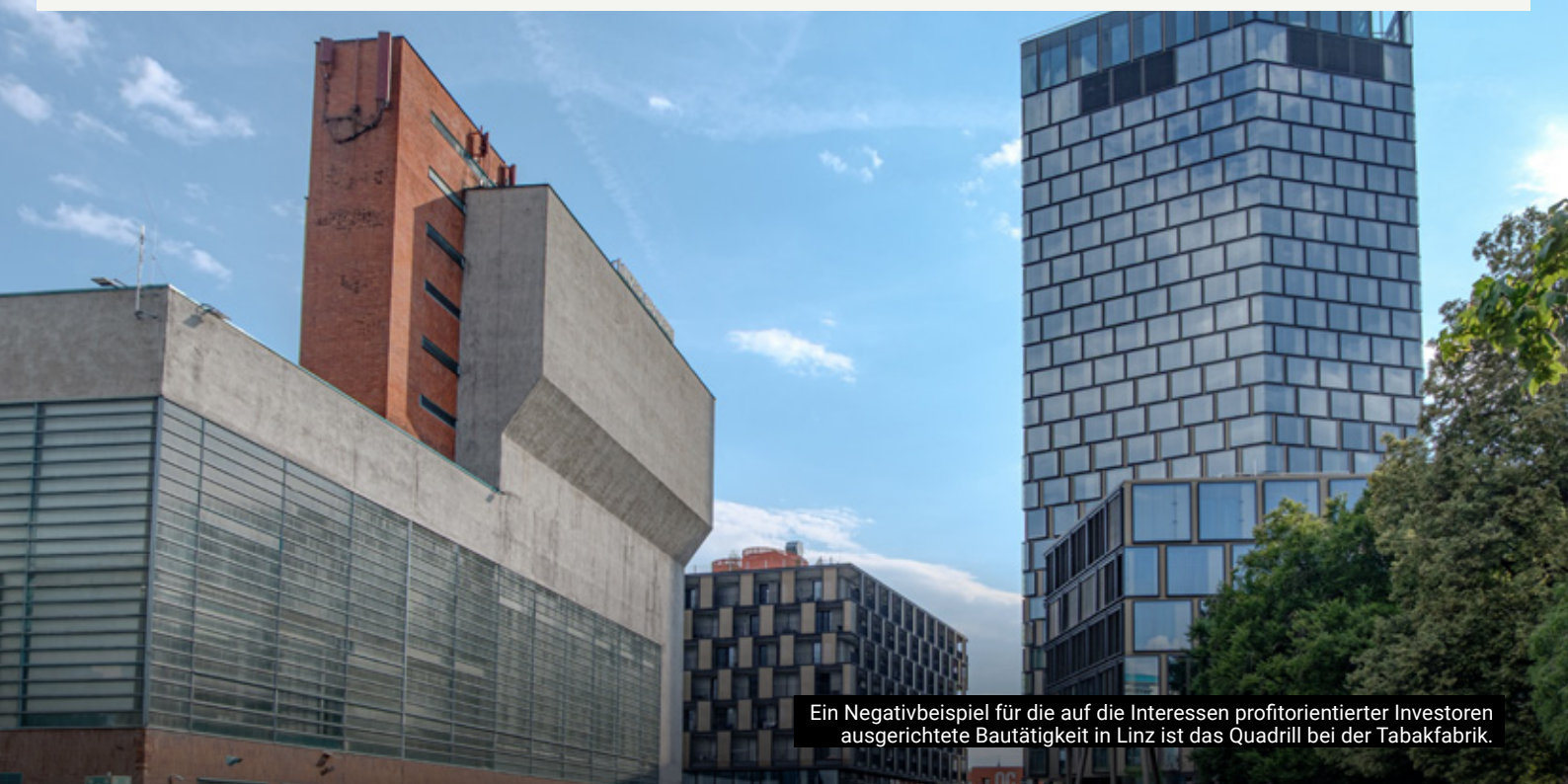


Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

linz.kpoe.at



Ein Negativbeispiel für die auf die Interessen profitorientierter Investoren ausgerichtete Bautätigkeit in Linz ist das Quadrill bei der Tabakfabrik.

Stadt für Menschen statt für Profite

Steigende Miet- und Betriebskosten werden für Menschen in Mietwohnungen, Wohnungssuchende sowie für kleine Geschäfte, Handwerksbetriebe und die Gastronomie zunehmend zur Belastung.

Der Grund dafür, warum auch in Linz vieles in die falsche Richtung geht: Immobilien werden als Anlageobjekte betrachtet, Bebauungspläne und Vorschriften werden

im Sinne von Eigentümerinteressen ausgelegt, während das Gemeinwohl zu oft in den Hintergrund rückt. Diese Entwicklung führt zu Verdrängung und weniger Lebens-

qualität in den Stadtvierteln. Eine Stadt ist jedoch kein Anlageobjekt. Sie ist Lebensraum. Und genau danach sollte sie gestaltet werden. Dafür steht die KPÖ.



Michael Roth-Schmida
KPÖ-Gemeinderat

Wenn öffentliche Kontrolle fehlt

Auch der FC Blau-Weiß Linz hat ein Recht auf ein modernes Fußballstadion. Wird über die Kosten des Donauparkstadions diskutiert, bleibt oft unerwähnt, dass andere Stadionprojekte mit hohen Millionenbeträgen von Land und Stadt gefördert wurden, ohne vergleichbare Rückzahlungen leisten zu müssen.

Unsere Kritik an den Entscheidungen beim Donauparkstadion bleibt aber aufrecht. Die Verflechtungen zwischen Stadt, Land und Unternehmen und die Finanzierungsstruktur waren nie die beste Lösung. Umso wichtiger sind Transparenz, Kontrolle und Offenle-

gung des Umgangs mit öffentlichen Mitteln. Das gilt für das Donauparkstadion ebenso wie für die Immobilien der Stadt und ihrer Unternehmen. Kritik ist notwendig – sie muss jedoch fair, sachlich und für alle Projekte gleich erfolgen.



Ein demokratie-politisches Foul

Im September 2027 finden Landtags- und Gemeinderatswahlen statt. Die Parteien beginnen sich auf den kommenden Wahlkampf auszurichten.

Auf Landesebene wird eine Wahlrechtsreform vorbereitet, darunter auch die Einführung einer Vier-Prozent-Hürde für die Statutarstädte Linz, Wels und Steyr auf Initiative des SPÖ-dominierten Städtebundes. Was als Reform verkauft wird, ist der Versuch der etablierten Parteien lästige politische Konkurrenz fernzuhalten und dient dem Machterhalt. Die KPÖ lehnt die Sperrklausel ab. Betroffen davon wären vor allem Bürger:innenlisten und kleine Parteien. Gerade sie bringen Themen ein, die von den Stadtseatsparteien ignoriert werden und stärken damit bürgernahe kommunale Demokratie. Wer Angst vor Konkurrenz hat, soll bessere Politik machen und nicht schlechte Wahlgesetze, welche die Demokratie einschränken. Denn gerade auf kommunaler Ebene muss gelten: Jede Stimme zählt!

Gerlinde Grün
KPÖ-Fraktionsvorsitzende

Hotspot „ Meinungen zu einem aktuellen Thema

Fehlplanung oder innovatives Zukunftsprojekt?

LH Stelzer und Ex-Kanzler Kurz kündigten 2020 Linz als Standort für eine Digitaluniversität an. Seither steht das Projekt wegen seiner Ausrichtung, Organisationsform und Standortwahl immer wieder in der Kritik. Nachdem ein Neubau im Grüngürtel gescheitert ist, soll die „IT:U“ nun am Gelände des Biologiezentrums entstehen.



Harald Müllner

Sprecher der Initiative „Retten wir den Grüngürtel“
IT:U im Grüngürtel: Politischer Starrsinn gegen die Natur. Ohne 15a-Finanzierung, Verkehrsdaten und Naturschutzgutachten soll das Projekt auf ökologisch sensiblen Flächen im Naherholungsgebiet durchgepeitscht werden. Ein bauökologischer Irrsinn.



Teresa Griesebner

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der JKU
Die „Digital-Uni Linz“ war von Beginn an eine Augenwischerei. Für sie gilt kein Universitätsgesetz: Das heißt fehlende Transparenz für die Öffentlichkeit, weniger Mitbestimmung für Studierende und kein Uni-Kollektivvertrag für die Angestellten. Gute Bildung und Förderung exzellenter Forschung sieht anders aus.



Christopher Frank

Jurist, Johannes-Kepler-Universität
Mehr Bildungsangebote sind gut, Investitionen in die Forschung auch. Warum aber extra eine neue Uni neben der bestehenden JKU? Bedenklich auch, dass viele dienstrechtliche Regelungen des Universitätsgesetzes für die IT:U nicht gelten – es klingt verdächtig nach „Hire and Fire“ für die Mitarbeiter:innen.

So erreichen Sie uns:

📍 KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz
☎ +43 (0) 732 652156
(Mo–Do 9–12 Uhr, Di 15–18 Uhr)
✉ linz@kpoe.at
🌐 linz.kpoe.at

📘 facebook.com/kpoe.oee
🦋 bsky.app/kpoe_linz
📷 instagram.com/kpoe_linz
📺 tiktok.com/@kpoe_linz



Als „Ganz besonders wohnen“ preist die Strabag die Neugestaltung der einst als Vorbild geltenden Wohnungen in der Sintstraße an.

Stadt ökologisch und sozial gestalten

Wie sich eine Stadt entwickelt ist immer auch eine soziale Frage. Wem dient die Stadt? Wer kann sich Wohnen und Geschäftsflächen leisten? Wer profitiert von den Entscheidungen?

Immobilien werden immer mehr zu reinen Anlageobjekten. Wohnen wird damit zu einer Frage von Renditen für die Immobilienwirtschaft. Steigende Kosten, Verdrängung und soziale Spaltung sind die Folge. Die Politik schaut oft zu, statt gegenzusteuern.

Leistbares Wohnen

Stadtplanung sollte aber dem Gemeinwohl dienen. Eine Stadt muss für alle leistbar und lebenswert sein – unabhängig davon, wie viel jemand verdient. Leistbares Wohnen, gute Infrastruktur, Grünräume und kurze Wege müssen im Mittelpunkt stehen. Die Realität: Wohnen wird immer teurer, leistbarer Wohnraum wird knapp. Gleichzeitig steigen Mieten und Betriebskosten. Die steigenden Kosten belasten Wohnungssuchende, Mieterinnen und Mieter ebenso wie kleine Geschäfte, Handwerksbetriebe und die Gastronomie. Hohe Gewerbemieten und die Macht großer Anbieter sorgen dafür, dass Vielfalt verloren geht.

Stadtplanung versagt

Bebauungspläne, Widmungen und andere Steuerungsmechanismen werden oft nicht konsequent im Sinne der Allgemeinheit genutzt. Eigentümer- und Investoreninteressen haben mehr Gewicht als das öffentliche Interesse. Wichtige Möglichkeiten leistbares Wohnen und eine gute Stadtentwicklung aktiv zu sichern gehen verloren. Maßnahmen gegen Immobilienspekulation sind notwendig – bei Wohnungen wie bei Geschäftsflächen. Boden und Gebäude dürfen nicht einfach

als Geldanlage gesehen werden, sondern als Teil öffentlicher Verantwortung. Auch die Verkehrspolitik spielt eine Rolle. Mehr Straßen und Parkplätze bringen auch mehr Verkehr. Die Flächen fehlen dann für Grünraum, Radwege oder leistbares Wohnen. Tiefgaragen und neue Stellplätze treiben zusätzlich die Kosten in die Höhe. Die KPÖ steht für eine ökologische ökologische und soziale Stadtpolitik, die Lebensqualität für alle über die Profite weniger stellt.

Aktuelle Termine



So, 26. Juli 2026

14:00 Uhr
Linz, Steinmetzplatz/
Reclaim the Beach

Sa, 22. August 2026

14:00 Uhr
Linz, Melicharstraße 8
„Neue Zeit“-Fest

Alle Veranstaltungstermine
mit diesem QR-Code abrufen

Splitter aus dem Gemeinderat

Teure Beratungskosten

3,93 Millionen Euro hat die Stadt von 2023 bis 2025 für externe Beratungs- und Planungsleistungen ausgegeben. Das ergab eine Anfrage von KPÖ-Gemeinderat Michael Roth-Schmida. Statt externer Beratungskosten wäre dieses Geld für den Aufbau eigener Kapazitäten im Magistrat besser angelegt und bliebe strategisch wichtiges Wissen dauerhaft im Rathaus erhalten.

Solarpflicht abgeblockt

Nachdem der Weg über eine Ediktalverordnung für die von der KPÖ beantragte Solaranlagenpflicht bei Neubauten scheiterte, hat sich Bürgermeister Prammer dem Diktat des Landes bzw. von ÖVP und FPÖ unterworfen. Damit agieren Stadt und Land ganz im Sinne der Immobilienbranche und zulasten von Klimaschutz und Energiewende.

Knappe Kindergartenplätze

Durch reduzierte Gruppengrößen sinkt die Zahl der Kindergartenplätze von 6.928 auf 6.550. Mit einer Anfrage urgierte KPÖ-Fraktionsvorsitzende Gerlinde Grün, wie viele dreijährige Kinder keinen Platz in einem städtischen Kindergarten bekommen, weil sich ein Elternteil in Karenz befindet.

Ampelcheck abgesagt

SPÖ, ÖVP und Ex-MFG blockten den KPÖ-Antrag zur Überprüfung und Optimierung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) ab, obwohl im „Masterplan Gehen“ kurze Wartezeiten und ausreichende Grünzeiten für Fußgänger:innen bei über 200 Lichtsignalanlagen genannt sind und Möglichkeiten bestehen, Grünphasen anzupassen, Wartezeiten zu verkürzen und Anlagen sensorgesteuert zu optimieren.

Aktuell, Nummer 6, Juli 2026

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto: Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Meister Eder, Scheinost, Archiv



Durchsetzen konnte die KPÖ zeitgemäße Fahrplanankündigungen am Hessenplatz für die dort haltenden Buslinien.

„Öffi-Offensive“ ist mehr als eine Worthölse

Von einer „Öffi-Offensive“ spricht Verkehrsreferent und ÖVP-Vizebürgermeister Martin Hajart gerne. Geht es um konkrete und rasch umsetzbare Verbesserungen im öffentlichen Verkehr, stoßen entsprechende Vorschläge aber regelmäßig auf Ablehnung.

Während andere Städte längst auf integrierte Verkehrssysteme setzen, besteht in Linz weiterhin ein Nebeneinander unterschiedlicher Betreiber. Die KPÖ forderte daher eine bessere Abstimmung zwischen Linz Linien und Regionalbussen des OÖ Verkehrsverbundes, mehr Sichtbarkeit bestehender Verbindungen sowie die Wiedereinführung des Einsteigens auf Regional-

buslinien im Stadtgebiet. Der Antrag fand im Gemeinderat jedoch keine Mehrheit. Für KPÖ-Gemeinderat Roth-Schmida bleibt es damit bei der bekannten Politik der großen Ankündigungen: Rasch umsetzbare Verbesserungen werden abgelehnt, während teure Großprojekte versprochen werden, deren Umsetzung Jahre dauert.

Konkrete Erfolge für Linz

Auch eine kleine Fraktion kann im Linzer Gemeinderat einiges bewegen. So gelang es der KPÖ mehrere wichtige Verbesserungen für die Linzer Bevölkerung zu erreichen.

Der Bädoroasenpass und die Eislaufsaisonkarte der Linz AG Bäder sind endlich auch mit den Aktivpass vergünstigt erhältlich. Wer regelmäßig die Regionalbushaltestellen am Hessenplatz oder an der Unteren Donaulände nutzt, kennt die neuen elektronischen Fahrgastinformationen vermutlich schon. Auch diese gehen auf eine Initiative der KPÖ zurück. An der Donaulände in Urfahr werden die stark genutzten Beachvolleyballplätze

erweitert. Damit entsteht mehr Platz für Freizeit, Bewegung und Sport im öffentlichen Raum. Ein weiteres Thema betrifft Familien: Im Linzer Gemeinderat wurde eine Resolution an das Land mehrheitlich angenommen, den zu Jahresbeginn gekürzten Eltern-Kind-Pass in Oberösterreich wieder anzuhängen. Hier ist nun das Land am Zug.

Vermögenssteuer jetzt!

Die parlamentarische Bürger*inneninitiative des GLB richtet sich an den Nationalrat zur Behandlung im Petitionsausschuss.

Der GLB fordert, dass Vermögen ab einer Million Euro mit einem Prozent, ab zehn Millionen mit zwei, ab 100 Millionen mit drei und ab einer Milliarde mit vier Prozent besteuert werden. Dies würde für das Budget jährlich bis zu neun Milliarden Mehreinnahmen bringen.

Bekanntlich sind die Vermögen in Österreich sehr ungleich verteilt. Die reichsten fünf Prozent besitzen die Hälfte des gesamten Nettovermögens – die Kehrseite ist, dass die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung nur über 2,5 Prozent des Nettovermögens verfügen.

Während eine winzige Minderheit an den Krisen der letzten Jahre – Teuerung, Wohnkosten, Energiepreise, Lohn- und Gehaltsabschlüsse unter der Inflationsrate – noch reicher geworden ist, zahlt die Mehrheit der Haushalte drauf und es machen sich auch im „Mittelstand“ Abstiegssängste breit.

Die Forderung nach Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften im Sinne sozialer Gerechtigkeit bekräftigte GLB-Arbeiterkammerrat Daniel Steiner bei der AK-Vollversammlung am 12. Mai.

Infos, Flyer und Unterschriftenlisten können per Mail unter ooe@glb.at angefordert werden.



Stefanie Breinlinger
Sozialarbeiterin,
GLB-Landesvorsitzende OÖ